



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Projektträgerin:



Vielfalt in Führung

Zentrale Diskussionspunkte des Vormittags

sowie

ausgewählte Ergebnisse des Speed-Netzworkings und der beiden
Workshops

I. Zentrale Diskussionspunkte des Vormittags: Wie steht es um Parität bundesweit und in Brandenburg?

Nach den beiden Begrüßungsreden und den beiden Fachinputs (siehe Website www.frauen-macht-politik.de) gab es die Möglichkeit für Nachfragen, Austausch und Diskussion der Teilnehmenden. Diese/r bezogen sich zum einen auf das Themenfeld „Erfahrungen anderer Bundesländer und Frankreichs“:

- | Die Popularklage in **Bayern** wird am 1.12.16 öffentlichkeitswirksam beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof eingereicht. Weitere Unterstützer/innen sind willkommen: <http://www.aktionsbuendnis-parite.de/>
- | In **Baden-Württemberg** wurde die Änderung des Landtagswahlrechts im Koalitionsvertrag verankert, jedoch durch kürzlich öffentlich gewordene „Nebenabreden“ wieder relativiert bzw. aufgehoben: <http://www.lfrbw.de/2016/07/nach-der-landtagswahl-13-maerz-2016-landtagsfraktionen-maennlich-dominiert/>
- | In **Niedersachsen** ist im Koalitionsvertrag der Landesregierung ein Prüfauftrag für eine paritätische Ausgestaltung des Wahlrechts enthalten. Jedoch ist die Umsetzung dessen noch nicht erfolgt.
- | In **Rheinland-Pfalz** hat sich die Politik tendenziell wieder von der Idee einer paritätischen Ausgestaltung des Wahlrechts verabschiedet. Hier stellt sich die Frage nach politischen Strategien, um das Paritäts-Thema wieder auf die politische Agenda zu setzen.
- | Die Erfahrungen mit der „loi sur la parité“ **Frankreichs**, insbesondere auch die konkrete Umsetzung der gesetzlichen Regelungen in der politischen Praxis, werden auf dem nächsten regionalen Paritäts-Forum Saarland in Saarbrücken, 2. November 2016, vertieft vorgetragen und diskutiert.

Zum anderen wurden die Rollen unterschiedlicher Akteur/innen bei der Umsetzung von Parität in der Politik angesprochen: Deutscher Juristinnenbund, Parteien und insbesondere die Frauen in den Parteien sowie kommunale Gleichstellungsbeauftragte.

II. Speed-Networking: Wenn Sie Frauenministerin Ihres Bundeslandes wären, welche Maßnahme für (potenzielle) Politikerinnen würden Sie einführen?

Kommunalverfassung:

- | bessere Finanzierung politischer Ehrenämter:
 - Übernahme von Kinderbetreuung (und sonstiger Familienarbeit) während politischer Termine
 - Lohnausgleich für ehrenamtsbedingte Arbeitszeitreduktion

- | doppelte Aufwandsentschädigung für Frauen in kommunalen Mandaten

Sonstiges:

- | Gesetzentwurf für paritätisches Wahlrecht

- | jährlicher überparteilicher Politikerinnen-Kongress

- | Sensibilisierung von Landrät/innen und Oberbürgermeister/innen für die Unterrepräsentanz von Frauen in der (Kommunal-) Politik

- | kommunale Gleichstellungsbeauftragte:
 - Abschaffung ehrenamtlicher, Einführung ausschließlich hauptamtlicher kommunaler Gleichstellungsbeauftragter (damit z.B. Zeit für Durchführung Mentoring-Programme)
 - bundesweite Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten

III. Workshops: Paritäts-Strategien anderer Bundesländer

WORKSHOP 1: Politische Steuerung in Richtung Parität

Fr. Zartmann, Referentin im Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (und gemeinsam mit Fr. van Essen, Referatsleiterin im Frauenministerium Rheinland-Pfalz, Begleiterin des Ersten Paritätsberichts seitens der Landesverwaltung), berichtete über den Stand der Aktivitäten für ein Paritätsgesetz in Rheinland-Pfalz: im Kern über den Ersten Paritätsbericht (Landtagsdrucksache 16/5288).

Fr. Maisch, Kreis- und Gemeinderätin in Baden-Württemberg, Helene Weber Preisträgerin (und als Vorstandsmitglied des Landesfrauenrates Mitwirkende an den Paritäts-Aktivitäten in Baden-Württemberg), berichtete über den Stand der Aktivitäten für ein Paritätsgesetz in Baden-Württemberg: zuletzt die Vereinbarung im Koalitionsvertrag, „ein personalisiertes Verhältniswahlrecht mit einer geschlossenen Landesliste“ einzuführen. Diese Vereinbarung wird jedoch durch kürzlich öffentlich gewordene „Nebenabreden“ wieder relativiert bzw. aufgehoben.

WORKSHOP 2: Wege in Richtung Parität jenseits eines Paritätsgesetzes

Fr. Kruse, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Göttingen, stellte die Mentoring-Programme des Landes Niedersachsen zur Gewinnung von mehr Frauen für die (Kommunal-) Politik vor, die 2000 mit Ursula von der Leyen als Mentee ihren Anfang nahmen. Für nähere Informationen zu den Programmen siehe <http://www.politik-braucht-frauen.de/>.

Fr. Ehlers, Referentin des Landesfrauenrates Schleswig-Holstein, gab Einblicke in die gegenwärtige Kampagne „Im echten Norden: Mehr Frauen in die Kommunalpolitik“, die aus Fortbildungsangeboten für Frauen, Guerilla-Aktionen, einer Frauen-Landtagssitzung und der Mobilisierung der Mitgliedsverbände des Landesfrauenrates besteht. Für nähere Informationen zur Kampagne siehe <http://www.landesfrauenrat-s-h.de/index.php/im-echten-norden-mehr-frauen-in-die-kommunalpolitik-2>.

Für Brandenburg wurde die Idee mehrerer Workshop-Teilnehmenden begrüßt, ein Mentoring-Angebot mit Kampagnen-Aktionen zu kombinieren. Dabei sollte überparteilich zusammen gearbeitet und auf der kommunalen Ebene angesetzt werden. Als mögliche Anknüpfungspunkte bzw. Ansprechpersonen wurden folgende benannt:

- | Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm, vom Kabinett am 6.9.16 verabschiedet
- | frauenpolitische Sprecherinnen der Landtagsfraktionen und Landtagspräsidentin Fr. Stark
- | Luckenwalde, eine von ca. 20 Modellkommunen der Kampagne „FRAUEN MACHT KOMMUNE“ 2008/2009
- | Format „Politikmesse“ (in Planung für März 2017, Landkreis Dahme-Spreewald)
- | Erstwähler/innen-Kampagne
- | Planspiel „Kommunalpolitik“
- | Gewinnung von politikhnahen Bewohner/innen alternativer Wohnformen für Politik
- | Schaffung kommunaler Frauenbeiräte